



Deutsche Soldaten bei Kunduz

SEBASTIAN WIDMANN / DDP IMAGES / DAPF

RECHTSPRECHUNG

## Gefährliche Nähe

Die Koalition plant eine Spezialstaatsanwaltschaft für die Bundeswehr. Kritiker fürchten die Wiedereinführung der Militärjustiz durch die Hintertür.

Der dunkle Wagen macht eine Vollbremsung, Staub wirbelt auf, wenige Meter vor den Kameraden kommt er zum Stehen. Schüsse fallen. Der Wagen gibt wieder Gas. Der Soldat entsichert sein Maschinengewehr, dann drückt er ab.

Eine Frau und zwei Kinder sterben. Der Soldat hielt sie für Feinde. Er konnte nicht erkennen, wer in dem Wagen saß. Es war dunkel und die Lage unübersichtlich. In jenem August 2008 tötete ein Bundeswehrsoldat zum ersten Mal afghanische Zivilisten. Irrtümlich.

Es kam, wie es die deutsche Rechtsordnung bis heute vorsieht. Weil Bundeswehrsoldaten auch im Auslandseinsatz dem deutschen Strafrecht unterliegen, nahm in Frankfurt (Oder), beim Heimatstandort des Schützen, eine Staatsanwältin die Ermittlungen auf. Den Tatort, Tausende Kilometer entfernt, konnte sie sich nur auf Bildern ansehen, Ermittlungen vor Ort waren nicht möglich, man versuchte, den Tathergang auf dem Truppenübungsplatz Hammelburg nachzustellen. Nach knapp neun Monaten wurde das Verfahren eingestellt.

Die Staatsanwältin könne die Situation eines Soldaten im Auslandseinsatz nicht beurteilen, kritisierte damals der Bundeswehrverband.

Geht es nach dem Willen der schwarz-gelben Koalition, soll sich ein derartiger Fall nicht wiederholen. Ende Juni wird der Bundestag ein entsprechendes Gesetz verabschieden. Künftig ist für alle Straftaten, die deutsche Soldaten im Auslandseinsatz begehen, die Staatsanwaltschaft Kempten im Allgäu zuständig. Wer als Bundeswehrsoldat am Horn von Afrika einen Computer klaut oder im Kosovo irrtümlich Kinder erschießt, soll in Zukunft immer von den Ermittlern der zentralen Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur Rechenschaft gezogen werden.

Jörg van Essen, der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP, hatte das Vorhaben nach den tödlichen Schüssen im August 2008 vorangetrieben. Der Soldat habe einen Anspruch darauf, „dass sich sachkundige Juristen mit seinem Fall befassen“, sagt der frühere Oberstaatsanwalt und Oberst der Reserve.

Doch warum sollen Soldaten juristisch bevorzugt werden? Er sei „sehr skeptisch“, sagt Omid Nouripour, der verteidigungspolitische Sprecher der Grünen, denn eine Zentralisierung der Justiz könne zu einer Sonderrechtsprechung führen. Und der frühere Bundesrichter Wolf-



FDP-Politiker van Essen

„Anspruch auf sachkundige Juristen“

SOREN STACHE / PICTURE ALLIANCE / DPA

gang Nešković, Justitiar der Linken-Bundestagsfraktion, kritisiert: „Eine zentrale Staatsanwaltschaft für Soldaten schafft gefährliche Nähe zwischen Justiz und Bundeswehr.“

Gegner des Gesetzesvorhabens können sich auf Erfahrungen aus Ländern wie den USA berufen. Dort werden Soldaten vor Militärgerichte gestellt. Die Bilanz der vergangenen Jahre ist erschreckend. Zu oft kommen Soldaten mit lächerlichen Strafen davon.

Erst in diesem Jahr wurde der Amerikaner Frank Wuterich verurteilt. Er hatte 2005 im irakischen Haditha ein Massaker zu verantworten, bei dem 24 Menschen starben, darunter Frauen und Kinder. Die Strafe stand in keinem Verhältnis zu der Tat. Wegen „Dienstpflichtverletzung“ wurde er degradiert, sein Sold gekürzt.

In Deutschland besteht seit 1956 prinzipiell die Möglichkeit, eine Wehrstrafgerichtsbarkeit einzuführen. Damals ergänzte man das Grundgesetz entsprechend. Doch umgesetzt wurde diese Option nie. Zu groß war die Angst vor öffentlicher Kritik.

Und so machten sich Juristen im Bundesjustizministerium heimlich daran, eine eigenständige Militärjustiz zu planen. Die Gesetzesentwürfe blieben in den Schubladen. Mit der Ausbildung begann man schon mal. Etwa 900 Militärjuristen in spe flogen bis nach Sardinien oder Kreta, um dort in simulierten Gerichtsverhandlungen zu üben. Als diese heimlichen Kriegsspiele 1984 publik wurden, war der Spuk zu Ende.

Die neue Schwerpunktstaatsanwaltschaft in Kempten hat mit solchen Plänen nur wenig zu tun. Die Juristen im Allgäu sind Zivilisten. Sie tragen keine Uniform unter der Robe. Der Jurist und Historiker Helmut Kramer befürchtet dennoch die Wiedereinführung der Militärjustiz „durch die Hintertür“.

Mit der beabsichtigten Verfahrenskonzentration auf wenige, im Ergebnis handverlesene Juristen werde „dasselbe Ziel erreicht wie mit einer echten Bundeswehrjustiz“. Die Unabhängigkeit der Richter in Deutschland sei schließlich vor allem dem Nebeneinander der vielen Gerichte und Richter zu verdanken.

Auch der Militärhistoriker Wolfram Wette befürchtet, dass nun gezielt Staatsanwälte eingesetzt werden könnten, die militärnah seien. „Hier werden die Lehren aus der Geschichte vergessen.“ Die beiden Historiker haben das blutige Unrecht der Militärjustiz zur Zeit des Nationalsozialismus in zahlreichen Studien aufgearbeitet.

Sie mahnen, die Geschichte der Wehrmachtjuristen nicht zu vergessen, die Deutschland noch lange nach dem Zweiten Weltkrieg beschäftigten. So musste 1978 Hans Filbinger als baden-württembergischer Ministerpräsident zurücktre-

ten, nachdem bekannt wurde, dass er kurz vor Kriegsende als Marinerichter an Todesurteilen gegen Deserteure beteiligt gewesen war. „Furchtbare Juristen“ wie Filbinger hatten im Krieg insgesamt 30 000 Todesurteile verhängt.

Selbst die schärfsten Kritiker des geplanten Gesetzes befürchten nicht, dass in Kempten die unselige deutsche Militärjustiz wiederbelebt wird, aber sie verweisen auf das Jahr 2009. Damals lehnte der CDU-Verteidigungsminister Franz Josef Jung einen Richter für den 2. Wehrdienstsenat des Bundesverwaltungsgerichts ab. Dieser war Wehrdienstverweigerer gewesen. Den Job bekam dann ein Jurist, der brav gedient hatte.

Das Gesetz, das dem Minister die umstrittene Intervention ermöglichte, ist inzwischen abgeschafft. Die Versuche der Einflussnahme sind es nicht.

Ursprünglich sollte die Schwerpunktstaatsanwaltschaft in Potsdam angesiedelt werden. Nachdem dort eine rot-rote Landesregierung die Macht übernommen hatte und die Linke den Justizminister stellte, suchte die Bundesregierung plötzlich einen anderen Standort – erst Leipzig, schließlich Kempten. Dort also, wo CSU-Mehrheiten sicher scheinen.

„Die Justizminister haben ein direktes Weisungsrecht an die Staatsanwaltschaften. Mit der Verlegung nach Bayern hat die Politik für die Bundeswehr ein günstiges Entscheidungsumfeld geschaffen“, sagt der linke Rechtsexperte Nešković.

Doch auch ohne die Verlegung nach Bayern wird die kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen den Kemptener Ermittlern und den Rechtsberatern der Bundeswehr für eine Vertrautheit sorgen, die problematisch ist. Denn im Gegensatz zu Schwerpunktstaatsanwaltschaften wie etwa für Wirtschaftskriminalität werden sich die Ermittler stets mit derselben Institution befassen: der Bundeswehr. Zwei bis drei Staatsanwälte aus Kempten werden immer wieder mit denselben Juristen der Bundeswehr zu tun haben. Bei 50 Fällen, die pro Jahr erwartet werden, wird man sich wohl bald gut kennen.

Der Deutsche Anwaltverein hält eine Sonderbehandlung der Bundeswehr für überflüssig: „Spezialkenntnisse in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht werden allen Gerichten in den unterschiedlichsten Verfahren zugemutet“, schreiben die Juristen in einer Stellungnahme.

In Kempten freuen sie sich über die zusätzliche Arbeit. Und die Bundeswehr, sonst eher verschlossen und zugeknöpft, empfängt die Ermittler mit offenen Armen. Die Staatsanwälte werden bei der Bundeswehr gemeinsam mit Soldaten in Seminaren für Rechtsberater ausgebildet. Und eine Besichtigung des Einsatzführungskommandos bei Potsdam gab es auch schon.

ULRIKE DEMMER